

Philipp Sorglos – oder:

# Wie ein Minister Probleme verdünnt

„Ich bin nie ein guter Arzt gewesen!“ – Philipp Rösler heißt der Mann, der das gesagt hat. Seine Zuhörer lachen. Es sind Ärzte, alte und junge, und es sind Studenten, die es noch werden wollen. Heiterkeit hilft über so manche Bitternis hinweg, scheint sich der Bundesgesundheitsminister zu denken. Und bitter war es schon, was er in der Berliner Charité zu hören bekam. Dorthin, zu einer Diskussionsveranstaltung, hatte ihn das Deutsche Ärzteblatt Anfang November eingeladen. Er sollte sich die Sorgen und Nöte des Nachwuchses und auch von gestandenen Ärztinnen und Ärzten in Klinik und freier Praxis anhören. Philipp Rösler – kein guter Arzt, aber ein exzellenter Problemverdünner?

Von Eugenie Wulfert

Mit großen Versprechen und kühnen Plänen startete Gesundheitsminister Philipp Rösler in seine Amtszeit. Nun, nach 12 Monaten und etlichen koalitionsinternen Rückschlägen, steht fest: Der erste Arzt im BMG-Chefsessel ist in der gesundheitspolitischen Realität angekommen. Aufgeschlagen, sagt manch einer hämisch. Trotz dieser Erkenntnis zeigte sich Rösler bei einer Diskussionsrunde in der Charité eher motiviert als frustriert. Er stellte sich den Fragen der Ärzte und Medizinstudenten, die den Gesundheitsminister mit ihren Problemen aus dem Berufs- und Studienalltag konfrontierten. Dabei wurde deutlich, welchen Zwängen der junge Gesundheitsminister unterliegt

und wie wenig er durchgreifen kann, wenn es um die Alltagsorgen der Ärzte geht.

Insbesondere der Bürokratieabbau scheint den Ärzten am Herzen zu liegen. Bürokratie heißt bei ihnen: die vielen Formulare, die sie täglich ausfüllen müssen. Die an der Podiumsdiskussion teilnehmende Berliner Hausärztin Beate Mälzer präsentierte dem Minister eine stattliche Auswahl an Formularen, darunter ein Paradebeispiel für unnötige Bürokratie: das Formular 60. Der sprichwörtliche Antrag auf einen Antrag. „Wir wollen mehr Zeit für unsere Patienten haben“, forderte sie. Diese Forderung konnte Rösler, der sich den Bürokratieabbau plakativ auf die Fahnen geschrieben hat, 





Fortsetzung von Seite 10

durchaus nachvollziehen. Nur bewirken könne er nichts, sagte er. Wenigstens nicht gegen die Formularflut, die ihm hier und jetzt vorgeführt wurde. Die meisten Formulare werden nicht vom Bundesgesundheitsministerium verlangt, sondern von der Selbstverwaltung der Ärzte und Krankenkassen. Und also sieht der Minister Krankenkassen, die Kassenärztliche Bundesvereinigung und Kassenärztliche Vereinigungen in der Pflicht, den Verwaltungsaufwand für Ärzte zu verringern. Die Politik habe bei der ärztlichen Selbstverwaltung nicht viel zu melden, offenbarte Rösler seinem Publikum in dem aus allen Nähten platzenden Hörsaal der Charité.

### Praxisgebühr bleibt

Zur Sprache kam auch die Praxisgebühr, dieses ungeliebte Inkasso der Ärzte für die Krankenkassen. Weg damit, forderte Beate Mälzer, wenigstens aus den Arztpraxen. Zurzeit ist sie für die Ärzte ein durchlaufender Posten, der einen hohen bürokratischen Aufwand verursacht. Philipp Rösler wand sich ein wenig. Entlastung für die Ärzte müsse und könne es geben, versprach er, aber ihre Abschaffung? Nein. Der Minister hält

weiterhin an der Praxisgebühr von zehn Euro pro Quartal fest, aber er kann sich vorstellen, dass die Gebühr in Zukunft vollautomatisch über die elektronische Gesundheitskarte eingezogen werden kann.

Eingeführt hatte die Praxisgebühr 2004 Röslers Amtsvorgängerin Ulla Schmidt (SPD). Ursprünglich sollte sie die in Deutschland sehr hohe Anzahl an Arzt-Patienten-Kontakten verringern. „Diese Lenkungswirkung ist gleich Null“, räumte Rösler ein. Sie bringe aber der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) rund 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. „Angesichts der Finanzsituation in der GKV wird keiner auf das Geld verzichten können“, glaubt der FDP-Politiker. Sein Trost: Im Koalitionsvertrag wurde ein unbürokratisches Erhebungsverfahren vereinbart, ein entsprechendes Gesetz solle im nächsten Jahr auf den Weg gebracht werden.

Möglich würde das durch ein elektronisches Einzugsverfahren, weil die Krankenkassen nun verpflichtet sind, für jedes ihrer Mitglieder ein Konto einzurichten. Damit entsteht erstmals eine direkte Geschäftsbeziehung zu



Foto: SCHULTZ

Verhaltener Protest von Studierenden

den Versicherten. Aktuell würden entsprechende Verhandlungen mit den Krankenkassen geführt, erklärte Rösler. Für die Etablierung des Verfahrens sei allerdings eine weite Verbreitung der elektronischen Gesundheitskarte sowie deren Akzeptanz in den Arztpraxen nötig.

Beate Mälzer hat in ein Wespennetz gestochen. Und wo es hier und jetzt schon so gut für sie lief, verlangte sie auch gleich eine transparentere und einfachere Honorierung der niedergelassenen Ärzte. „Wir haben mehrere Bewertungssysteme für unsere Arbeit“, beklagte sich die Hausärztin. Das größte Problem dabei sei es, dass Ärzte oftmals erst vier Monate nach Quartalsende wissen, was sie tatsächlich verdient haben. Planungssicherheit sei so nicht möglich, wettete sie. Schließlich seien Praxisinhaber nicht nur für sich, sondern auch für ihre Mitarbeiter verantwortlich.

Kein Problem für den Minister. Rösler sprach sich auch gleich für ein klares und transparentes Vergütungssystem aus. Überhaupt wären die Ärzte in den letzten Jahren viel zu gutmütig gewesen. Wenn er in seiner früheren Tätigkeit als niedersächsischer Wirtschaftsminister einer Handwerkskammer ein neues Honorarsystem u. a. mit Punkt-



Foto: SCHULTZ

Wahnsinn in Papier: Die Steglitzer Hausärztin Beate Mälzer konfrontiert Minister Rösler mit der Formularflut in der Arztpraxis

werten, Regelleistungsvolumen, extrabudgetärer Gesamtvergütung angeboten hätte, wäre der Teufel los gewesen. „Lebend wäre ich aus einer solchen Veranstaltung wahrscheinlich nicht mehr rausgekommen“, scherzte er und erntete damit zustimmende Lacher aus dem Publikum.

Nicht nur die Höhe des Honorars sei für die Arbeitszufriedenheit wichtig, sondern auch das Gefühl, gerecht behandelt zu werden. Viele Ärzte hätten aber das Gefühl, in einem unfairen System zu arbeiten. Die Konsequenz der Unzufriedenheit: Immer mehr Ärzte gingen in die freie Wirtschaft. Denn dort wüssten sie, was am Monatsende auf ihrem Konto landet. „Wir brauchen

ein einfaches, transparentes und damit gerechtes Abrechnungssystem“, konstatierte der Minister.

#### Mit Einigung ist in der aktuellen Legislaturperiode nicht zu rechnen

Allerdings scheint es dem Politiker vor der Auseinandersetzung um mehr Transparenz des Honorarsystems zu grausen. Jeder Fachmann wisse, dass die anstehende Honorarreform noch anstrengender werde als die aktuelle Gesundheitsreform, gab er zu Protokoll. Bei denjenigen, die in den letzten Monaten das zähe Ringen der Politiker und Lobbyisten um jede Formulierung erlebten, dürften sich bei dieser Prognose die Nackenhaare auf-

stellen haben. Dennoch warb Rösler um Unterstützung der Ärzte für eine solche Reform.

Ohnehin sollten die niedergelassenen Ärzte nicht auf eine schnelle Einigung hoffen. Ein Versprechen, dass eine neue Honorarreform noch in dieser Legislaturperiode in Kraft tritt, wäre unverantwortlich.

#### Attraktivität des Arztberufes muss steigen

Geplante Maßnahmen, wie die elektronische Abrechnung der Praxisgebühr und Vereinfachung und Novellierung der Gebührenordnung, sollen die Attraktivität des Arztberufes stei-



Anzeige

# „Mehr Leuten helfen können.“

Mit unseren flexiblen Lösungen für Ihre Finanzierung

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.



Als Partner des Mittelstandes stehen wir Ihnen mit Investitionskrediten, VR-Leasing, Krediten für Energiesparmaßnahmen und unserem Know-how zur Seite. Damit Ihre Praxis mehr Spielraum hat. Wir beraten Sie gern. Mehr Informationen unter Telefon (030) 30 63 - 33 77 oder unter [www.berliner-volksbank.de](http://www.berliner-volksbank.de)



Berliner  
Volksbank

Fortsetzung von Seite 13

gern. Angesichts des drohenden Ärztemangels sei es wichtig, dass sich mehr junge Menschen entschließen, Arzt zu werden, sagte der Gesundheitsminister. In Deutschland kündige sich ein Ärztemangel an. Das hätten auch die meisten erkannt. „Nur die Kassen noch nicht. Doch die haben wir spätestens in einem Jahr auch so weit“, hofft Rösler mit fast schon drohendem Unterton.

### Ein Hauch von Revolte

Proteststürme im Hörsaal, wie sie wohl einige der anwesenden älteren Ärzte aus den 1970er-Jahren kennen, waren hier und heute nicht zu befürchten. Das jedenfalls war sehr schnell nach Beginn der Veranstaltung klar. Und die Diskussion verlief tatsächlich trotz heikler Themen fast bis zum Schluss unaufgeregert. Es gab viel Zustimmung und Beifall für den Minister. Zum Teil könnte es daran liegen, dass besonders die zahlreichen Studenten nicht viel von solchen Diskussionsrunden erwarten. Reine Unterhaltung, da lohnt es sich nicht zu protestieren, räumte manch Besucher nach Ende der Veranstaltung ein. Bewegt würde hier sowieso nichts. Das bestätigte auch eine Teilnehmerin der Podiumsdiskussion, Andrea Wiese, Weiterbildungsassistentin in Aachen.

Immerhin. Am Schluss der Veranstaltung trauten sich zwei der anwesenden Studenten doch und sprachen ein Paradoxon an: Überall werde verkündet, Deutschland brauche mehr Ärzte, gleichzeitig gebe es zu wenig Medizinstudienplätze. Abiturienten, die keinen Top-Abschluss haben, bekämen keine Chance, einen der begehrten Plätze zu ergattern. Doch einige halten dennoch an ihrem Berufswunsch fest und gehen ins Ausland – in der Hoffnung, nach ihrem dort absolvierten Physikum in Deutschland weitermachen zu können. Diese Hoffnung wäre aber vergeblich, schimpften die beiden protestierenden Studenten, die sich als Rückkehrer eines solch beschrittenen Umwegs outeten. So müssten halbfertige Ärzte eine lange Wartezeit mit Gelegenheitsjobs überbrücken oder gleich ihren Traum aufgeben und nach einem anderen Beruf Ausschau halten.

### Keine Hoffnung auf Veränderung

Eine Lösung? Mehr Studienplätze oder andere Auswahlverfahren? Weder das eine noch das andere kann offensichtlich momentan durchgesetzt werden. Zwar zeigte sich Minister Rösler überzeugt, dass ein guter Arzt nicht unbedingt einen sehr guten Schulabschluss

brauche. Es gebe auch andere geeignete Kriterien, wie etwa Auswahlgespräche. Diese müssen von den Hochschulen aber genutzt werden, nahm der FDP-Politiker die Universitäten in die Pflicht.

Auch bei der Aufstockung der Studienplätze hatte Rösler keine guten Nachrichten für die Medizinstudenten. Für die Schaffung von Studienplätzen seien die Bundesländer verantwortlich. Diese weigern sich überwiegend, zusätzliche Medizinstudienplätze zu finanzieren.



Foto: SCHLITT

Fertige und künftige Ärzte: Blick in die Diskussionsveranstaltung des Deutschen Ärzteblattes